Stand: 28.03.2024 14:07:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/10086

"Lernen aus den Pandemien 2006 ("Vogelgrippe H5N1") und 2009 ("Schweinegrippe" H1N1) und Konsequenzen für die Zukunft"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/10086 vom 27.10.2011
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/10651 des UG vom 07.12.2011
3. Beschluss des Plenums 16/10742 vom 13.12.2011
4. Plenarprotokoll Nr. 90 vom 13.12.2011

Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen, Ludwig Wörner**, Markus Rinderspacher **SPD**

Lernen aus den Pandemien 2006 („Vogelgrippe“ H5N1) und 2009 („Schweinegrippe“ H1N1) und Konsequenzen für die Zukunft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit Anfang 2012, ggf. unter Hinzuziehung von Expertinnen und Experten einen umfassenden mündlichen und schriftlichen Bericht zu den Erfahrungen aus den Pandemien der letzten Jahre zu geben. Dabei sind besonders folgende Fragestellungen zu berücksichtigen:

Zur Pandemiestrategie:

- Sind die Erfahrungen mit den beiden Pandemien auf Bundes- und Länderebene aufgearbeitet worden? Wenn ja, wie und mit welchen Ergebnissen?
- Sind die Regelungen des bayerischen Pandemieplanes aus dem Jahr 2006 und des nationalen aus dem Jahr 2007 ausreichend? Wenn nein, welche Verbesserungen sind erforderlich?
- Hat es im Bereich der Kommunikationsströme Hindernisse (auch unter Einbeziehung der Erfahrungen mit den EHEC-Fällen 2011) gegeben, und wenn ja, welche?
- Aus welchem Grund befürwortet die Staatsregierung eine Abgabe der Verantwortung im Falle einer Pandemie an den Bund und welche Konsequenzen hätte dies für Bayern?

Zur aktuellen Diskussion um die Wirkung von Tamiflu® und Relenza®:

- Ist der Staatsregierung bekannt und wenn ja, seit wann, dass sich der Hersteller Roche nach Angaben der Cochrane Collaboration weigert, acht Studien zur Bewertung

der Wirkung von Tamiflu® zu veröffentlichen?

- Welche Schlüsse zieht die Staatsregierung aus dieser Erkenntnis?
- Auf Grund welcher Datenlage hat die Staatsregierung in der 41. Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses der 15. Legislaturperiode die Anwendung antiviraler Arzneimittel als „Beitrag zur Sicherung der Therapie schwerkranker Personen in den so genannten Risikogruppen“ empfohlen?
- Wie beurteilt die Staatsregierung die Berichte über gravierende Nebenwirkungen von Tamiflu® aus Japan?
- Wie beurteilt die Staatsregierung Berichte über mangelnde Wirksamkeit der beiden Präparate?
- Denkt die Staatsregierung an eine erneute Bevorratung von Tamiflu® und Relenza®?

Zur Bevorratung antiviraler Mittel:

- Wie viele Therapieeinheiten sind derzeit in Bayern eingelagert?
- Wie viele davon sind noch verwertbar?
- Wie viele wurden bereits vernichtet?
- Wie und zu welchen Kosten werden die noch gelagerten Bestände entsorgt?
- Gibt es mit den Herstellern Rücknahmevereinbarungen?
- Hat Bayern so wie Österreich versucht, eine Liefergarantie auszuhandeln anstatt konkrete Medikamentenmengen zu kaufen?

Begründung:

Die latente Gefahr einer erneuten Pandemie besteht laut WHO permanent. Deshalb ist es wichtig, ohne Zeitdruck Strategie und Umsetzung der jeweiligen Pandemiepläne auf Länder- und Bundesebene kritisch zu reflektieren. Im Interesse der Gesundheit der Menschen in Bayern muss angesichts der beunruhigenden Berichtserstattung über fehlende Wirksamkeit und Nebenwirkungen der bisher eingesetzten antiviralen Arzneimittel eine objektive Beurteilung erfolgen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit

Antrag der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen u.a. SPD**
Drs. 16/10086

Lernen aus den Pandemien 2006 ("Vogelgrippe H5N1") und 2009 ("Schweinegrippe" H1N1) und Konsequenzen für die Zukunft

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:
„Lernen aus der „Vogelgrippe“ H5N1 (2006) und der Pandemie 2009 („Schweinegrippe“ H1N1) und Konsequenzen für die Zukunft.“
2. Im ersten Satz werden die Worte „beiden Pandemien“ durch die Worte „der Vogelgrippe und der Schweinegrippe“ ersetzt.
3. Im ersten Spiegelstrich sind die Worte „den beiden Pandemien“ durch die Worte „der Vogelgrippe und der Schweinegrippe“ zu ersetzen

Berichterstatterin: **Kathrin Sonnenholzner**
Mitberichterstatter: **Dr. Thomas Zimmermann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 10. November 2011 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 7. Dezember 2011 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 144. Sitzung am 7. Dezember 2011 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen, Ludwig Wörner**, Markus Rinderspacher **SPD**

Drs. 16/10086, 16/10651

Lernen aus der „Vogelgrippe“ H5N1 (2006) und der Pandemie 2009 („Schweinegrippe“ H1N1) und Konsequenzen für die Zukunft

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit Anfang 2012, ggf. unter Hinzuziehung von Expertinnen und Experten einen umfassenden mündlichen und schriftlichen Bericht zu den Erfahrungen aus der Vogelgrippe und der Schweinegrippe der letzten Jahre zu geben.

Dabei sind besonders folgende Fragestellungen zu berücksichtigen:

Zur Pandemiestrategie:

- Sind die Erfahrungen mit der Vogelgrippe und der Schweinegrippe auf Bundes- und Länderebene aufgearbeitet worden? Wenn ja, wie und mit welchen Ergebnissen?
- Sind die Regelungen des bayerischen Pandemieplanes aus dem Jahr 2006 und des nationalen aus dem Jahr 2007 ausreichend? Wenn nein, welche Verbesserungen sind erforderlich?
- Hat es im Bereich der Kommunikationsströme Hindernisse (auch unter Einbeziehung der Erfahrungen mit den EHEC-Fällen 2011) gegeben, und wenn ja, welche?
- Aus welchem Grund befürwortet die Staatsregierung eine Abgabe der Verantwortung im Falle einer Pandemie an den Bund und welche Konsequenzen hätte dies für Bayern?

Zur aktuellen Diskussion um die Wirkung von Tamiflu® und Relenza®:

- Ist der Staatsregierung bekannt und wenn ja, seit wann, dass sich der Hersteller Roche nach Angaben der Cochrane Collaboration weigert, acht Studien zur Bewertung der Wirkung von Tamiflu® zu veröffentlichen?
- Welche Schlüsse zieht die Staatsregierung aus dieser Erkenntnis?
- Auf Grund welcher Datenlage hat die Staatsregierung in der 41. Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses der 15. Legislaturperiode die Anwendung antiviraler Arzneimittel als „Beitrag zur Sicherung der Therapie schwerkranker Personen in den so genannten Risikogruppen“ empfohlen?
- Wie beurteilt die Staatsregierung die Berichte über gravierende Nebenwirkungen von Tamiflu® aus Japan?
- Wie beurteilt die Staatsregierung Berichte über mangelnde Wirksamkeit der beiden Präparate?
- Denkt die Staatsregierung an eine erneute Bevorratung von Tamiflu® und Relenza®?

Zur Bevorratung antiviraler Mittel:

- Wie viele Therapieeinheiten sind derzeit in Bayern eingelagert?
- Wie viele davon sind noch verwertbar?
- Wie viele wurden bereits vernichtet?
- Wie und zu welchen Kosten werden die noch gelagerten Bestände entsorgt?
- Gibt es mit den Herstellern Rücknahmevereinbarungen?
- Hat Bayern so wie Österreich versucht, eine Liefergarantie auszuhandeln anstatt konkrete Medikamentenmengen zu kaufen?

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, einen Verordnungsentwurf und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste, die Ihnen bekannt ist.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

- Das sind alle Fraktionen des Hauses und Frau Dr. Pauli. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Es gibt keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussesempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten, einen Verordnungsentwurf und nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 8)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayrischen Verfassungsgerichtshofs vom 17.10.2011 (Vf. 9-VII-11) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 2 Nr. 6, Art. 3 Abs. 1 Satz 1 und Art. 6 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 314, BayRS 2126-3-UG) PII/G-1310/11-9
 Drs. 16/10530 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet. Aufgrund der gefestigten Rechtsprechung wird auf eine weitere Stellungnahme verzichtet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. November 2011 (Vf. 14-VII-11) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Nr. 2 und des § 2 des Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 25. Oktober 2011 (GVBl S. 506, BayRS 111-1-I), soweit die Anlage zu Art. 5 Abs. 4 des Landeswahlgesetzes die Neueinteilung der Stimmkreise im Wahlkreis Oberfranken betrifft
 PII/G-1310/11-10
 Drs. 16/10531 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Prof. Dr. Winfried Bausback bestellt.

CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ FDP

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. November 2011 (Vf. 15-VII-11) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 159 „Krippenhaus zwischen Birken- und Eulenberg“ der Gemeinde Vaterstetten vom 8. November 2011
 PII/G-1310/11-11
 Drs. 16/10627 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ FDP

4. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts -Erster Senat- Der Vorsitzende vom 20.10.2011 (1BvF 4/11) betreffend Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung, ob
- a) Art. 1 § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkanal vom 19. November 1991 (GVBl BW S. 745),
 - b) der Zustimmungsbeschluss des Bayerischen Landtags zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 12. Dezember 1991 (Drs. 12/4324),
 - c) § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 31. August 1991 zu Art. 36 des Einigungsvertrages vom 19. Dezember 1991 (GVBl S. 309) -Berlin -,
 - d) § 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 6. Dezember 1991 (GVBl I S. 580) - Brandenburg -,
 - e) Art. 1 § 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkanal vom 17. September 1991 (GVBl S. 273) – Bremen -,
 - f) Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 16. Dezember 1991 (GVBl S. 425) – Hamburg -,
 - g) Art. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 13. Dezember 1991 (GVBl S. 367) – Hessen -,
 - h) § 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 5. Dezember 1991 (GVBl M-V S. 494),
 - i) Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 25. November 1991 (GVBl S. 311) - Niedersachsen -,
 - j) der Zustimmungsbeschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 14. November 1991 (Plenarprotokoll 11/43, 5110 (D); GV.NW S. 408),
 - k) § 1 des Landesgesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 10. Dezember 1991 (GVBl S. 369) - Rheinland-Pfalz -,
 - l) Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes Nr. 1279 über die Zustimmung zum Staatsvertrag über den

- Rundfunk im vereinten Deutschland vom 29. Oktober 1991 (ABl S. 1290) -Saarland-,
- m) Art. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 19. Dezember 1991 (SächsGVBl S. 425),
- n) Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 12. Dezember 1991 (GVBl LSA S. 478),
- o) Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes vom 12. Dezember 1991 (GVBl Schl.-H. S. 596),
- p) § 1 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 18. Dezember 1991 (GVBl S. 635) - Thüringen -

unvereinbar mit dem Grundrecht der Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG) ist, soweit die vorgenannten Gesetze und Beschlüsse die Zustimmung und den Normanwendungsbefehl zu § 20, § 21 Abs. 1 Buchst. a) - c), g) -r), Abs. 3 Satz 1 und 2, Abs. 4, Abs. 6, Abs. 8 Satz 2, Abs. 10 Satz 2, § 22 Abs. 1, § 23 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4, § 24 Abs. 1, Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 21 Abs. 10 Satz 2 analog, § 25 Abs. 2, § 26 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 3 Satz 1, § 27 Abs. 2, § 28 des ZDF-Staatsvertrages (Art. 3 des Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland vom 31. August 1991 (-GVBl S. 383-) enthalten.
PII/G-1320/11-3
Drs. 16/10537 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- I. Der Landtag tritt dem Verfahren bei.**
- II. Der Normenkontrollantrag wird für unbegründet erachtet.**
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☐	☐	☐	☒

Zustimmung zu einem Verordnungsentwurf

5. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 4 des Denkmalschutzgesetzes zum Entwurf
einer Elften Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Entschädigungsfonds
nach dem Denkmalschutzgesetz
Drs. 16/9952, 16/10640 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☐ ohne	☒

bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

Anträge

6. Antrag des Abgeordneten Oliver Jörg CSU
Ehrungen für Bürgerinitiativen, Selbsthilfeprojekte und andere neue Formen
des bürgerschaftlichen Engagements konzipieren
Drs. 16/7440, 16/10547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sanierungsbedarf bei staatlichen Gebäuden
Drs. 16/8488, 16/10461 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorabwiderspruchsrecht bei allen Geodatendiensten!
Drs. 16/8760, 16/10600 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

9. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Josef Zellmeier CSU,
Brigitte Meyer, Renate Will, Julika Sandt u.a. FDP
Kohärenz und Koordinierung der Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements stärken
Drs. 16/8788, 16/10645 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachbezogene und vorausschauende Personalplanung statt Wiederbesetzungssperre
Drs. 16/8947, 16/10462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

11. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Linus Förster, Martin Güll u.a. SPD
Mittendrinn statt Parallel III - Einreise und Aufenthalt ausländischer Künstlerinnen bzw. Künstler und Kreativschaffender in Bayern erleichtern
Drs. 16/9108, 16/10620 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

12. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl u.a. SPD
Verwaltungsstunden an der Astrid-Lindgren-Schule Rosenheim
Drs. 16/9135, 16/10545 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

13. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Oliver Jörg, Heinz Donhauser u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann u.a. FDP
Stärkung der Jugendfreiwilligendienste - Konzeptionelle Weiterentwicklung des FSJ/FÖJ
Drs. 16/9203, 16/10647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

14. Antrag der Abgeordneten Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
„E-Bilanz“ zum Erfolg führen - bürokratische Hürden vermeiden
Drs. 16/9217, 16/10463 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒ ENTH	☒

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Enthaltung“ der Abstimmung zugrunde zu legen

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berichtsantrag zur Situation des Bundesfreiwilligendienstes im Freistaat Bayern
Drs. 16/9403, 16/10624 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

16. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Neukonzeption der Finanzkassen in Bayern aus einem Guss und nicht am Landtag vorbei!
Drs. 16/9411, 16/10464 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒ A	☒	☒ ENTH	☒ ENTH	☒ A

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
Neugestaltung der Cluster-Offensive nicht ohne das Parlament
Drs. 16/9652, 16/10551 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dienstbefreiung bei Geburt eines eigenen Kindes auch für unverheiratete Beamte
Drs. 16/9680, 16/10625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Patent auf Leben
Drs. 16/9681, 16/10655 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufnahme des Fachs "Ökolandbau" in die Unterrichtspläne aller Landwirtschaftsschulen und höheren Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Bayern
Drs. 16/9687, 16/10649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

21. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl u.a. SPD
Fahrradmitnahme in Zügen
Drs. 16/9704, 16/10552 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Spielhallen ins Geldwäschegesetz aufnehmen
Drs. 16/9729, 16/10656 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)
Kein Tiermehl im Futtertrog
Drs. 16/9773, 16/10388 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verkehrsprojekte im strukturschwachen Raum - Oberau B 2 neu
Drs. 16/9774, 16/10391 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☐	☐

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Veröffentlichung der Ergebnisse von Hygiene-Kontrollen
Drs. 16/9798, 16/10650 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bedeutung der Informatik in der gymnasialen Oberstufe stärken
Drs. 16/9835, 16/10633 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Dr. Simone Strohmayr,
Isabell Zacharias u.a. SPD
Arbeitsergebnisse der Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern" umsetzen:
Jugendkulturarbeit
Drs. 16/9842, 16/10634 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

28. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures,
Reinhold Perlak u.a. SPD
BOS-Digitalfunk
Drs. 16/9900, 16/10587 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD)
Mehr Investitionen in Kinderbetreuung statt teures Betreuungsgeld!
Drs. 16/9913, 16/10526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP), Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u.a. und Fraktion (CSU)
Keine Vervielfachung des Finanzvolumens des EFSF
Drs. 16/9916, 16/10613 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☐	☒	☒	☒

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Reserl Sem, Albert Füracker u.a. und Fraktion (CSU), Dr. Otto Bertermann, Thomas Dechant, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
EU-Vorschläge auf den richtigen Weg bringen - Betriebe zukunftsfähig machen - Bürokratiemonster verhindern
Drs. 16/9917, 16/10387 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☐	☐	☐	☒

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Personalsituation in der bayerischen Justiz
Drs. 16/9919, 16/10601 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Patente auf Saatgut, Tiere und Lebensmittel
Drs. 16/9921, 16/10657 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reform der Unterbringungsverwaltung rückgängig machen -
Ministerratsbeschluss vom 19. April 2005 sofort aufheben!
Drs. 16/9923, 16/10548 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Die Weichen richtig stellen - statt Betreuungsgeld Chancengerechtigkeit
Drs. 16/9924, 16/10527 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Endlich Klarheit bei der EFSF schaffen und die wirklichen Probleme
der aktuellen Krise angehen
Drs. 16/9928, 16/10614 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EFSF und ESM: Keine weiteren Kreditzusagen und Haftungsübernahmen ohne
gleichzeitigen Einsatz für Finanzmarktregulierung und für die Umkehr
der Umverteilung von unten nach oben
Drs. 16/9929, 16/10615 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

38. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine großzügige und humanitäre Bleiberechtsregelung
Drs. 16/9931, 16/10659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

39. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MOX-Einsatz im Atomkraftwerk Gundremmingen aussetzen
Drs. 16/10013, 16/10389 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

40. Antrag der Abgeordneten Max Strehle, Angelika Schorer, Johannes Hintersberger u.a. CSU
Lärmschutz bei öffentlichen Veranstaltungen
Drs. 16/10074, 16/10390 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

41. Antrag der Abgeordneten Sylvia Stierstorfer, Dr. Otto Hünnerkopf, Markus Blume u.a. CSU
Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung
Drs. 16/10079, 16/10525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

42. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Keine Beeinträchtigung der Tier- und Pflanzenzucht durch Patente
Drs. 16/10080, 16/10658 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

43. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen u.a. SPD
Lernen aus den Pandemien 2006 („Vogelgrippe H5N1“) und 2009 („Schweinegrippe“ H1N1) und Konsequenzen für die Zukunft
Drs. 16/10086, 16/10651 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

44. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias u.a. SPD
Planungen zum Museum der Bayerischen Geschichte
Drs. 16/10099, 16/10604 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

45. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Adelheid Rupp, Reinhold Perlak SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant, Dr. Annette Bulfon u.a. und Fraktion (FDP)
Subsidiarität - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates
über strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation -
KOM(2011) 654 endg.
(BR-Drs. 646/11)
Drs. 16/10541, 16/10654 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☐ ohne	☒	☒

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde legen.

46. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausgestaltung des neuen Dienstrechts
Drs. 16/9702, 16/10187

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der Antrag für erledigt erklärt hat

47. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Kürzung bei den Kfz-Beihilfen für Menschen mit Behinderung in Oberbayern
Drs. 16/7499, 16/10660

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

48. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Bericht über den aktuellen Sachstand der Sanierung der Sattler-Altlast in der Gemeinde Schonungen
Drs. 16/9827, 16/10285

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

49. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster u.a. SPD, Markus Rinderspacher
Erhalt der Schleusenbrücken über den Alten Kanal (Ludwig-Donau-Main-Kanal) in Nürnberg
Drs. 16/10075, 16/10617

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

der den Antrag für erledigt erklärt hat

50. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fahrzeugpool bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG)
Drs. 16/10124, 16/10549

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

51. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die staatliche Verbundberatung durch die BayWa AG
Drs. 16/10144, 16/10386

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

52. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Christbaumkulturen in Bayern
Drs. 16/9752, 16/10524

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag in seiner Zweitberatung für erledigt erklärt hat

53. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayernkolleg Augsburg erhalten und weiterentwickeln
Drs. 16/9145, 16/10631 (A) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				